

# Arbeiter-Zeitung

Dienstag, 27. August 1920  
11. Jahrg. Nummer 199

Der Preis mit Ausnahme der Gebüh- und Postgeb. beträgt: wöchentlich 0,60 RM., monatlich 2,00 RM., Einzelnummern 10 Pf., durch die Post bezogen monatlich 2,60 RM., unter Strafband 3,00 RM. Einzelgebühren: Die beigesteuerten Willkommensgaben über deren Namen in Bl. Vereins- und Versammlungsangelegenheiten 5 Pf., Willkommensgaben: Die beigesteuerten Willkommensgaben über deren Namen in Zeit 10 Pf. — Schluss des Jahresantrags in der Geschäftsverteilung 5 Pf.; in den Bilanz-Expositionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

**für Schlesien und Oberschlesien**  
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Druckerei: Berlin, 10, Köpenicker Str. 50, Tel. 500 29.  
Verlagsanstalt: Berlin, 10, Köpenicker Str. 50, Tel. 500 29.  
Montags bis Freitags von 7-12 Uhr. Samstag von 8-12 Uhr.  
Schrift: Schrift 2, Köpenicker Str. 50, Tel. 500 29.  
Schrift: Schrift 2, Köpenicker Str. 50, Tel. 500 29.  
Schrift: Schrift 2, Köpenicker Str. 50, Tel. 500 29.

## Ausdehnung der Kämpfe in Palästina

78 Tote, 250 Verwundete — Standrecht in der „heiligen Stadt“ — Britischer Imperialismus als Nutznießer der Nationalitätenhege — „Arbeiterregierung“ schießt Truppen

### Weitere Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung!

Jerusalem, 26. August.

Die Zahl der bei den Zusammenstößen zwischen Arabern und Juden in Palästina getöteten Personen betrug bis zum Sonntag 59 Juden, 18 Moslems und 3 Christen. Da die Araber ihre Toten zum Teil mitgenommen und nicht abgegeben haben, ist die wirkliche Zahl der Opfer noch beträchtlich höher. Als verwundet sind bisher rund 250 Personen gemeldet. Aus Jaffa wird ein neuer erster Zusammenstoß gemeldet. Englisches Militär hat inzwischen eingegriffen.

Die Ängstlichen Befürchtungen werden wegen der Möglichkeit eines allgemeinen Aufstandes der Araber in Jerusalem und Umgebung geheizt.

Jerusalem, eine belagerte Stadt. Militärflugzeuge kreuzen über der Stadt. Die ganze Nacht hindurch wurde ununterbrochen geschossen. Das Standrecht ist verhängt. Der Eisenbahnverkehr ist stillgelegt.

Nach den letzten aus Palästina eingetroffenen Berichten ist es in und bei Jaffa, vor allem in der großen jüdischen Siedlung Tel Aviv, zu neuen schweren Zusammenstößen zwischen Arabern und Juden gekommen.

Die Zusammenstöße zwischen Juden und Arabern, die vor einigen Tagen an der „Klagemauer“ in Jerusalem begonnen hatten, haben rasch einen ernsten Charakter angenommen. Nachdem schon in den ersten Tagen auf beiden Seiten Tote fielen, haben sich dann die Zusammenstöße auch auf andere Landesteile ausgedehnt. In Hebron sollen 40 Juden einem Pogrom zum Opfer gefallen sein — die Zahl der Toten übersteigt nach allen Meldungen bereits die Zahl von hundert. Sowohl jüdische wie arabische Nationalisten haben Selbstschutzbataillone gebildet, die aktiv an den Kämpfen teilnehmen. So ist aus einem der in Jerusalem nicht seltenen nationalistischen Krawalle eine ernste politische Krise entstanden, die natürlich ernstere Ursachen hat, als das Pfaffengeplänkel über die Frage, ob Juden oder Mohammedaner in erster Linie berechtigt sind, an einer bestimmten Stelle der „heiligen Stadt“ religiöse Zeremonien auszuführen. Schon seit Kriegsende und der Errichtung der „Nationalen Heimstätte des Judenvolkes“ durch die Friedensverträge sind jüdisch-arabische Zusammenstöße an der Tagesordnung. Die von England anfangs energisch geförderte jüdische Kolonisation vollzog sich trotz aller sozialen und teilweise sozialistischen Phrasen so wie jede andere imperialistische Kolonisationspolitik: den arabischen Bauern wurde das Land genommen, auf dem nun jüdische Kapitalisten aus „nationaler Begeisterung“ jüdische Arbeiter (die mit der nationalen Phrase aus der ganzen Welt zusammengetrommelt worden waren) ausbeuteten.

Die proletarisierten arabischen Bauern wurden dann wieder von den jüdischen Kapitalisten, wenn ihre „Vollgenossen“ (größtenteils Kleinbürger und Intellektuelle, die an das Leben eines sesshaften Landarbeiters nicht gewöhnt waren) allzu „hohe“ Ansprüche stellten, als Lohnrücker und nötigenfalls auch als Streikbrecher benutzt. Und diese Situation schuf für die Ausbeuter beiderlei Nationalität herrliche politische Gelegenheiten: die arabischen Großgrundbesitzer und Großhändler hetzen und hetzen das arabische Proletariat, „weil doch die jüdische Einwanderung an allem Elend schuld sei“, gegen jüdische Kleinbürger und Proletariat. Und die jüdischen Kapitalisten appellieren, wenn sich der Unwille ihrer ausgebeuteten „Vollgenossen“ regt, an deren „nationalistisches Selbstbewusstsein“: die unzulässigen Araber mit ihrer ständigen Obstruktionspolitik sollen daran schuld sein, daß in Palästina nicht die versprochenen Trauben in der Luft hängen, und daß die unter den läppigsten Versprechungen herbeigeholten Kolonisten „um die Konkurrenzfähigkeit des jüdischen Volkes aufrechtzuerhalten“, ein elendes Leben führen müssen. Das in Jerusalem seit jeher übliche Pfaffengeplänkel, das sich früher (gemäß den widerstreitenden Interessen der europäischen Imperialisten) hauptsächlich zwischen den verschiedenen christlichen Mönchsgemeinschaften abspielte, ist nun zu einem, nicht dem einzigen, Vorwand geworden, unter dem jüdische und arabische Ausbeuter ihre Opfer gegeneinander hetzen, um es dadurch für sich selbst unschädlich machen zu können. Die ganze Erbitterung, die sich unter dem Druck einer maß-

losen Ausbeutung angehäuft hat, soll in Pogromen gegen Ausbeutete der anderen Nationalität ausgetragen werden.

Das beste Geschäft aber macht angesichts der dauernden Pogromhege der britische Imperialismus: er vermag nicht nur, wie die einheimischen Ausbeuter, die Erbitterung der unterdrückten Völker dadurch von sich abzulenken — er kann auch seine „Unentbehrlichkeit“ als „Ordnungstifter“ beweisen, indem er von Zeit zu Zeit nationalistische Unruhen schürt und dann rufstiftend auftritt. So haben denn die englischen Regierungen immer abwechselnd die Einwanderung von Juden oder Arabern begünstigt und dadurch Pogromversuche von Seiten der jeweils benachteiligten Gruppe provoziert. Auf die anfängliche Begünstigung der jüdischen Einwanderung folgte unter Baldwin die systematische Heranziehung aus dem Hebesack vertriebener englandfreundlicher Araberstämme, die natürlich Land verlangten und, da sie keines bekamen, auf die „Juden, die schon das ganze Land okkupiert haben“, geheizt wurden. Die Überfälle auf belagerte Juden an der Klagemauer und die folgenden schweren Kämpfe waren nur die Folgen der vom britischen Imperialismus systematisch begünstigten nationalistischen Verhetzung auf beiden Seiten. Nun arbeitet die englische Verwaltung (offenbar entspricht das den besonderen „sozialistischen“ Grundsätzen der gegenwärtigen Regierung) wieder mehr mit den Juden zusammen und bewaffnet ihre Selbstschutzbataillone.

Und so hat der englische Imperialismus es glücklich dahin gebracht, daß MacDonald — sicher begrüßt von dem Jubelgeschrei der Zweiten Internationale — als „Friedensstifter“ auftreten kann. Fünf englische Kriegsschiffe (darunter ein ganz großes Schlachtschiff von 27.000 Tonnen und ein Flugzeugmutterchiff) wurden an die palästinensische Küste entsandt, englische Verstärkungen in Flugzeuggeschwadern nach Jerusalem gemorfen; der Belagerungsstand ist verhängt, Bombenflugzeuge kreisen über den Städten und Dörfern. Der Eisenbahnverkehr ist im ganzen Lande stillgelegt, damit die Militärszüge freie Bahn haben. Und das alles, um einige Pogrome in einigen Ortschaften zu ersticken, und am auf dem Rechtsweg Klarheit darüber zu schaffen, welche Pfaffen zu welchen Stunden an der Klagemauer ihren Klöppel aufhängen dürfen!

Der Umfang der englischen Militärmaßnahmen legt die Vermutung nahe, daß der Kampf nicht mehr ausschließlich den Charakter der alten nationalistischen Pogrome, an denen niemals breitere Volksmassen beteiligt waren, trägt, daß er vielleicht schon an einzelnen Punkten offen den Charakter des Widerstandes gegen den britischen Imperialismus angenommen hat, und daß die „sozialistische“ Ordnung, die MacDonalds Panzerschiffe und Flugzeuge schaffen, zunächst einmal in der blutigen Niederdrückung der jüdischen und arabischen Proleten besteht.

### „Zeppelin“ in Los Angeles eingetroffen

11. New York, 26. August. „Graf Zeppelin“ ist gegen 9,30 Uhr m. e. Z. über Los Angeles eingetroffen.

Die Fahrtdauer des Luftschiffes von Kasumigaura nach Los Angeles betrug 78 Stunden und 58 Minuten. Die bisher von Lakehurst aus zurückgelegte Strecke des Weltfluges wird auf 16.880 englische Meilen berechnet, die in 233 Stunden und 35 Minuten bewältigt wurde.

Nach der Landung des „Graf Zeppelin“ ist sofort die Auffüllung des Luftschiffes in Angriff genommen worden. Dr. Edener erklärte: „Wir wollen so schnell wie möglich weiter fliegen, weil wir nur 5000 Kubikmeter Gas gebrauchen.“ Außerdem wünscht er so schnell wie möglich Lakehurst zu erreichen. Er hofft, diese Etappe in 36 Stunden bewältigen zu können, so daß „Graf Zeppelin“ noch am Mittwoch dort eintreffen könnte.

Nach einer späteren Meldung wurde der Weiterflug auf Dienstag früh 8 Uhr (m. e. Z.) festgesetzt.

### Zeppelin nach Lakehurst gestartet

11. New York, 27. August. „Graf Zeppelin“ ist heute vormittag 9, 16 Uhr m. e. Z. vom Flugplatz in Los Angeles nach Lakehurst als das Endziel der vierten und letzten Etappe der Weltreise gestartet.

### Biffell-Vorlage im Sozialpolitischen Ausschuss

(Fig. Ver.) Berlin, 27. August.

In der Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses vom 26. August legte die reaktionäre Clique ihren Angriff unter der Führung der Deutschen Volkspartei gegen die Erwerbslosen fort. Eingang der Sitzung wies der Vorsitzende Esser darauf hin, daß die §§ 107a, 107b, 110, 110a, 110b zurückgestellt werden müssen, da die Verhandlungen der Parteien der Regierungskoalition noch zu keiner Einigung geführt haben. Es handelt sich bei diesen Paragraphen vor allem um die Neuordnung der berufstätlichen Arbeitslosigkeit. Obwohl die Regierungsvorlage unerhörte Verschlechterungen für die Saisonarbeiter bringt, ist die Vorlage den Scharfmachern noch nicht weitgehend genug. In ihren vorliegenden Anträgen verlangen sie eine schärfere Staffelung zwischen Beitragsleistung und Unterstützungsbezug, eine Verlängerung der Anwartschaftszeit sowie auch die Verlängerung der Wartegeldzeit für die Saisonarbeiter. Zurückgestellt wurde auch der § 112a. Hier handelt es sich um die Anrechnung der Renten und Uebergangsgeldleistungen, die der Arbeitslose bezieht auf Grund der Reichsversicherungsordnung, des Reichsrentenversicherungsgesetzes, der Angestelltenversicherungsgesetz, des Reichsrentenversicherungsgesetzes über die Schutzpolizei sowie der Beamten beim Reichswasserschiff, der Renten einer Versorgungsanstalt (Zusatzversorgungsanstalt) sowie der Wartegelder und Ruhegehälter auf die Erwerbslosenunterstützung. Es wäre falsch, anzunehmen, daß über diese unerhörten Verschlechterungen des bestehenden Gesetzes innerhalb der Regierungskoalition tiefgehende Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind. Es handelt sich lediglich für die Parteien der Regierungskoalition, zu einer Rückbedingung zu gelangen, die ihnen die Verschleierung ihres Verrates an den Erwerbslosen ermöglichen soll.

Die Regierungsvorlage verlangt die Streichung des § 115 des alten Gesetzes, der bestimmt, daß, wenn bei nicht vorläufig unrichtiger Anmeldung und beantragter Beiträge zur Reichsanstalt entrichtet wurden, dieser Erwerbslose nicht ohne weiteres von dem Bezug der Erwerbslosenunterstützung ausgeschlossen werden kann. Die Streichung hat lediglich den Zweck, in solchen Fällen diese Erwerbslosen aus der Versicherung auszuschließen, ohne ihnen für die regelrecht entrichteten Beiträge das Recht auf Unterstützung einzuräumen bzw. die gezahlten Beiträge zurückzuführen. Die Vertreter der kommunistischen Reichstagsfraktion wandten sich schärfstens gegen die Streichung dieser Paragraphen und stellten einen dementsprechenden Antrag. Dieser Antrag wurde von allen Parteien abgelehnt. Die Sozialdemokratie befand sich auch hier, wie fast ständig, in einheitlicher Front mit den Deutschnationalen.

Hinsichtlich der Heimarbeiter und der unständigen Beschäftigten Personen wurde eine weitere Verschlechterung durch Annahme eines neuen § 116a durchgeführt. Dem Verwaltungsrat von der Reichsanstalt wird es ermöglicht, abweichend von den Vorschriften der §§ 87 bis 116 weitere Vorschriften zu erlassen, das heißt also, daß die völlige Ausschaltung dieser Kategorien in die Hand des Verwaltungsrates gelegt wird.

Worum es den Vertretern des Schwerkapitals überhaupt geht, zeigt die Beratung der neuen Fassung des neuen § 119 der Regierungsvorlage. Dieser Paragraph sieht eine neue Berechnung des Grundlohnes hinsichtlich der Leistungen der Krankenkassenversicherungsbeiträge

für die Erwerbslosen durch die Reichsanstalt vor. Anstatt wie bisher ein Siebentel soll jetzt ein Zehntel zugrundegelegt und dadurch der Reichsanstalt 30 Millionen Mark im Jahr erspart werden. Gegen diese Bestimmung erhoben die Vertreter der Deutschen Volkspartei schärfsten Einspruch, aber nicht etwa, um den Krankenkassen die 30 Millionen Mark zu erhalten, sondern um die Krankenversicherung der Erwerbslosen der privaten Versicherung in die Hände zu spielen. Es ist die konsequente Fortsetzung der Politik der bürgerlichen Parteien, die Sozialversicherung völlig abzubauen, und nur zu diesem Zwecke wurde in der letzten Zeit in der bürgerlichen Presse eine unerhörte Hege gegen die „Mittelschicht“ bei den Krankenkassen durchgeführt. Dem Ausschuss lag ein Angebot des Verbandes privater Krankenversicherungsunternehmen Deutschlands, Sitz Leipzig, welches an den Vorstand der Reichsanstalt gerichtet war, vor. In diesem Angebot wird den Versicherungsträgern lediglich die Regelleistung nach dem zweiten Buche der Reichsversicherungsordnung zur Pflicht gemacht. Für die Erwerbslosen würde eine solche Rege-



# Schmiergelder - Betrug und Meineid!

## Die Massenkorrupcion sozialdemokratischer Kommunalpolitiker - 500 000 Mark öffentliche Gelder in einem Jahre unterschlagen!

„Praktische Kommunalpolitik“ schreibt die SPD. als Wahlparole zu den Gemeindevätern, und dann wird aufgezählt, was sie alles schon getan haben. Die reinsten Engel für die wertvolle Bewältigung! In Wahrheit gibt es keine Partei, deren Kommunalpolitiker kommunal und politisch so korrumpiert sind, wie die SPD. Einen sozialdemokratischen Stadtverordneten wählen heißt, einen neuen Arbeiterbetrüger, eine neue Gelegenheit, öffentliche Gelder zu unterschlagen, an den grünen Tisch des Unternehmertums und der bürgerlichen Reaktion zu setzen. Nein? Das ist übertrieben? Also bitte:

### SPD-Stadtväter mit 200 000 Mark Zantienen

Die Sozialdemokraten sind ja bekanntlich ihrer Meinung nach besonders gute und „soziale“ Verwaltungsdirektoren. Da gibt es z. B. in Sonneberg als Direktor der städtischen Gaswerke den Sozialdemokraten König, einen eifrigen Förderer der Errichtung eines Ferngaswerkes. Um den Betrieb zunächst einmal zu „rationalisieren“, wurde eine große Anzahl Arbeiter entlassen. 1904 verschlechterte König gemeinsam mit dem sozialdemokratischen Bürgermeister Knauer das Licht- und Kraftwerk der Stadt, und wieder flogen viele Arbeiter aus dem Betriebe. Der Strompreis wurde nicht herabgesetzt, ebenso hat bis zum heutigen Tage die Stadt vom Ferngaswerk für den von ihr eingebrachten Anteil noch keinen Pfennig bekommen, wohl aber muß sie ihre Anleihen, die sie dazu aufnahm, selbst verzinsen. Dringende soziale Aufgaben wurden zurückgestellt, kein Geld für Arbeiterwohnungen usw. Die kommunistische Fraktion in Sonneberg führt seit Jahren den Kampf gegen sozialdemokratische Verschönerung städtischer Betriebe und für die Verbilligung von Gas und Strom.

Jetzt hat sich herausgestellt, warum sich diese sozialdemokratischen Stadtväter so für die Interessen der Privatindustrie zum Schaden der Stadtbewohner eingesetzt haben. Der sozialdemokratische Bürgermeister Knauer und der sozialdemokratische Stadtdirektor König haben von der „Südtüringischen Gas- und Licht-A.G.“ als Aufsichtsräte

200 000 Mark Zantienen erhalten! Diese Tatsache, wenn auch die Höhe des Betrages noch bestritten wurde, mußte in der öffentlichen Stadtverordnetenversammlung zugegeben werden.

Innerhalb eines Jahres über vierzig Fälle materieller Korruption! Um die „kommunalpolitischen Verdienste“ sozialdemokratischer Stadträte pp. richtig zu würdigen, müßte man ein Buch herausgeben. Wir wollen uns hier nur mit einer kleinen Liste kurz hintereinander erfolgter Korruptionsfälle begnügen.

Da ist zunächst der sozialdemokratische Bürgermeister Merten in Mühlhausen bei Eisenach, der 10 000 Mark Unterstützungsgeld und Steuererlöse unterschlug. Er wurde wegen Betruges zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Der Geschäftsführer Claus, sozialdemokratisches Parteimitglied, hat der Chemnitzer „Auerhütte“ nahezu 100 000 Mark unterschlagen. Der sozialdemokratische Landrat Krüger erhielt wegen Unterschlagung sechs Monate Gefängnis. Der sozialdemokratische Stadtrat Bödorn in Stolp wurde wegen Betruges zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Der sozialdemokratische Stadtrat Paul Langgemach aus Frankfurt a. M. wurde wegen Unterschlagung zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt, und der sozialdemokratische Landrat Vogel wegen Betruges zu fünf Jahren Gefängnis. Der sozialdemokratische Stadtrat Reintke in Bismar wurde wegen Meineides zu zwei Jahren Zuchthaus, der sozialdemokratische Gemeindevorsteher von Holtzhausen, Wetzlar, wegen Veruntreuung zu sechs Monaten, der sozialdemokratische Amtsvorsteher Luther in Döhringhausen wegen Unterschlagung zu einem Jahr Gefängnis, der frühere sozialdemokratische Landtagsabgeordnete und Schulrat Gustav Neumann wegen Verleitung zum Meineid mit einem Jahr und vier Monaten Zuchthaus, der sozialdemokratische Bürgermeister Umborn in Burghausen wegen Annahme von Schmiergeldern zu acht Monaten Gefängnis, der sozialdemokratische Stadtrat Egger von Spandau wegen Meineides zu zwei Jahren Zuchthaus, der sozialdemokratische Stadtrat Vielmann in Stolp wegen Unter-

schlagung zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

In Großbreitenbach erhielt der SPD-Bürgermeister Ernst Koechler, in Weiskopf der SPD-Stadtrat und Rämmerer Valentin Kabisfleisch bei Vergebung von städtischen Aufträgen „Provisionsgelder“, d. h. Schmiergelder. Beide gehen auf zwei bzw. drei Monate ins Kitzchen und erhalten drei Jahre Ehrverlust.

Noch schöner steht es mit der sozialdemokratischen Bau-politik, die eine Kette von Korruptionsfällen darstellt, von denen nur einige bekannt sind. Zum Beispiel der Kreisbaumeister Widert führt einerseits noch Privatbauten aus und veruntreut andererseits 32 000 Mark bei einem Umbau. Der Stadtverordnete und Kreisabgeordnete der SPD in Hülftz (Rheinland), Oskar Heller, der größte Hausbesitzer am Orte, Bauunternehmer und Spekulant, wird vom Finanzamt wegen fortgesetzter Steuerhinterziehung belangt.

Wir müßten eine Sondernummer unserer Zeitung herausgeben, wollten wir alle Fälle sozialdemokratischer kommunalpolitischer Korruption anführen. Aber wir denken, diese kleine Liste, die nur die Vorfälle eines Jahres umfaßt, und etwa eine halbe Million unterschlagener Arbeitergelder bedeutet, dürfte genügen, um das wahre Gesicht der sozialdemokratischen Kommunalpolitiker bei ihrer „parlamentarischen Eroberung der Republik“ zu kennzeichnen.

Diese Massenkorrupcion der SPD-Kommunalpolitiker ist nicht zufällig, sondern sie ergibt sich einerseits aus dem moralischen und ideologischen Zerfall der sozialdemokratischen Partei, und andererseits aus der engen Koalitionszusammenarbeit der SPD-Führer mit den Unternehmern, bei denen immer der grüne Korruptionsklee der „Provisionen“ und „Sonderprivilegien“ blüht.

Arbeiter! Habt ihr noch die Absicht, im Herbst bei den Kommunalwahlen dieser Armee von Betrügern, Verbohrern, meineidigen Burshen, Schleichern usw., denen das Vertrauen der Arbeiterschaft ein kommunalpolitisches Mandat gab, das sie für ihre Betrügereien benutzten, eure Stimme zu geben?!

# Der Unterstützungsraub an den Heimarbeitern beschlossen

## Die SPD. stimmt allen Verschlechterungen zu - SPD. für Verbeibehaltung und Verlängerung der Karenzzeit - Ausschaltung zahlloser Arbeitsloser von der Unterstützung

In der Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages am 24. August fanden die Paragraphen zur Debatte, die sich mit den Heimarbeitern und der Sperrfristverlängerung befassen. Bekanntlich steht die Regierungsvorlage vor, daß den Heimarbeitern die Unterstützung geraubt werden soll, und daß ferner die Sperrfrist, die bisher höchstens 4 Wochen betragen, auf 8 Wochen, ja sogar bis auf sechs Monate verlängert werden können. Die Kommunisten hatten beantragt, beide neuen Raubparagraphen zu streichen. Wegen den kommunistischen Streichungsantrag stimmten auch die Sozialdemokraten, so daß die Regierungsvorlage in diesen Punkten von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen beschlossen wurde.

Dieselbe Einheitsfront stimmte auch für den neuen Paragraphen, der die Definition des Begriffes „Erwerbsloser“ so auslegt, daß von nun an eine ungeheure Zahl Erwerbsloser kurzerhand der Unterstützung beraubt werden kann. Der kommunistische Antrag: „Anspruch auf Unterstützung hat jeder Versicherte im Falle der Arbeitslosigkeit“ wurde von allen Regierungsparteien einschließlich der Sozialdemokraten und auch mit den Stimmen der Deutschnationalen abgelehnt.

Auch der Schandparagraph über die Unfähigkeit der Beschäftigten

finden fand Annahme gegen die Stimmen der Kommunisten. Es handelt sich bekanntlich bei diesem Paragraphen darum, daß bei Leuten, die weniger als 24 Stunden pro Woche beschäftigt sind, zwei Arbeitstage nur als ein Arbeitstag gerechnet wird. Ja, selbst die schurkische Zusatzbemerkung, daß bei Unfähigkeitsbeschäftigten die Krankentage nicht angerechnet werden, fand mit den Stimmen eines Teiles der Sozialdemokraten Annahme.

Die Kommunisten hatten noch beantragt, daß die Karenzzeit in Zukunft fortfallen solle und daß die Unterstützung für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit gezahlt werde. Gegen diese beiden Anträge erhob sich wie auf Verabredung die sozialdemokratische Einheitsfront, von dem Sozialdemokraten Aufhäuser bis zum Deutschnationalen Lambach.

Die Beratungen und Abstimmungen im Sozialpolitischen Ausschusse zeigen der gesamten Arbeiterschaft und allen Erwerbslosen deutlich, daß die Sozialdemokraten gewillt sind, nicht nur die jetzigen Verschlechterungen der Erwerbslosenversicherung zu schinden, sondern auch dem bereits angekündigten weiteren Abbau der Unterstützungen im Interesse ihrer Regierungsfähigkeit zuzustimmen.

# Soldaten aus Hunger

Im „Berliner Tageblatt“ vom 24. August schreibt ein Berichterstatter Gustav Amann aus Schanghai über den chinesischen Militarismus einen Artikel, der zur Beurteilung der Lage in China außerordentlich interessant ist.

In diesem Artikel kennzeichnet Amann, daß die Söldnerheere Tschanghaichens sowie der anderen Generale keineswegs aus Idealismus für die Kuomintang-Regierung kämpfen, sondern daß diese Soldaten nur deswegen Dienst tun, weil sie als Söhne armer Bauern sonst nichts zum Leben haben. Amann schreibt über diesen Militarismus:

„Vom Militarismus kann man aber trotzdem nur insofern reden, als es sich bei den Militärmachtshabern um einen Kampf um die Macht im Reiche handelt. Im übrigen war nichts Machtvolles an diesem Militarismus. Die Heere waren Söldnerbanden, schlecht gekleidet, schlecht bewaffnet, so gut wie gar nicht verpflegt und gänzlich überzeugunglos. Die Soldaten kämpften für sechs Silberdollar im Monat und für den Führer, der ihnen diese Löhnung zahlte, oder sie plünderten ließ. Aber zahlreich sind die Soldaten dafür geworden, wie der Sand am Meer.“

Weshalb diese Millionenarmee von Soldaten entstand, darüber gibt Amann folgendermaßen Auskunft:

„Aus Begeisterung wurde der chinesische Bauer gewiß nicht Soldat. Auch ein chinesischer Kuli hat Verstand genug, etwas anderes zu wünschen, als lahmgeschossen irgendwo in einer fremden Provinz liegen zu bleiben, ein untauglicher Krüppel, und seinem Schicksal überlassen. Denn um Kranke oder Verwundete kümmert der chinesische Militarismus sich nicht weiter. Hunger ist der Untergrund für solchen Zustand.“

Amann schildert die ungeheuerliche Not, die unter der 400 000 000-Masse des chinesischen Volkes grassiert. Er schildert, wie die chinesische Bevölkerung neugeborene Kinder aussetzt, weil sie nicht imstande ist, diese zu ernähren.

Auch durch die Bewegung der Kuomintang ist die Lage nicht besser geworden:

„Der Bauernsohn griff zum Gewehr. Um essen zu können, wurde er Soldat. Und wie der Heuschreckenschwarm der so heranwachsenden Kriegsheere der Bauern Saat verheerte, ließ der Hunger die Söldnerzahlen weiter anwachsen.“

Jetzt hat die Kuomintang-Regierung die Vereinigung der Militärkräfte, wenigstens vorläufig, durchgeführt. Aber, so sagt Amann, die Soldatenherden sind geblieben. 90 Prozent der Staatsentnahmen werden für die Heere ausgegeben. Die Ursache des Söldnerwesens,

**Eine Ausrede findet jeder, aber auch eine gute Ausrede schützt nicht am 30. August zur Buchkontrolle vor der gelben Kontrollmarke, wenn das Buch nicht in Ordnung ist. Also, Genosse, Buch in Ordnung bringen!**

der Hunger auf dem flachen Lande, ist da. Man könne diese Millionen-jährige Menschheit nicht aus den Heeren abbauen und auf das Land hinausjagen. In den Außenprovinzen sterben 20 Millionen Chinesen. Das Räuberwesen wache ins Unerhörte. Die Frage, wie China aus seiner Not geholfen werden könne, ist immer noch die, wie kann Chinas Landbau geholfen werden.“

Angesichts der Zuspitzung in der Mandchurei und der unerschämten Hege der Sozialdemokraten gegen Sowjetrußland, sind diese Ausführungen Amanns um so beachtenswerter. Kennzeichnen sie doch den tatsächlichen Stand in der chinesischen Armee. Sie geben ein sprechendes Bild über die Zustände in dem von den Sozialdemokraten verteidigten China der Kuomintang-Partei und der Kuomintang-Regierung, und zeigen, wie mit ihrer Hege die Sozialdemokraten die verbrochenste Tschanghaichel-Regierung unterstützen.

## Ein sozialdemokratischer Pastor unterschlägt 24000 Mark

Die „Königsberger Volkszeitung“ veröffentlicht unter der Überschrift „Der Pastor als Defraudant“ folgenden eigenen Drahtbericht aus Heltberg (Medlenburg-Strelitz):

„Der Pastor der Kirchengemeinde Grünow, Stoppel, ist plötzlich seines Amtes enthoben worden, weil er in seiner nebenamtlichen Eigenschaft als Kassierer des Grünower Spar- und Darlehnsvereins 24 000 Mark im Laufe einiger Jahre unterschlagen hat. Durch falsche Buchungen blieben die Veruntreuungen jahrelang unangefastet. Der Pastor hat sich außerdem der Pfandunterschlagung schuldig gemacht.“

Es gehört wirklich eine unerhörte Frechheit dazu, eine solche Meldung in die sozialdemokratische Presse zu setzen, denn diese Meldung verschweigt folgende wichtige Tatsache: Der Pfarrer der Kirchengemeinde Grünow, Stoppel, der 24 000 Mark unterschlagen hat, ist langjähriges Mitglied der SPD. und hat als solches Funktionen in der SPD. innegehabt. In Königsberg (Ostpreußen) glaubt man, den Lesern der „Volkszeitung“ diese Meldung vorzeigen zu können, da sie ja über die medlenburgischen Verhältnisse nicht informiert sind.

## Französische Bombenabwürfe gegen Bevölkerung in Marokko

Die „Bosjische Zeitung“ berichtet aus Paris: „Die bereits seit Monaten in Gang befindlichen „Befriedungsoperationen“ der französischen Truppen in Marokko haben zu einer neuen Offensive geführt, die in einem amtlichen Kommuniqué sehr harmlos als „Grenzreklamation verbunden mit einigen Operationen zur Erhöhung der Sicherheit der französischen Truppen“ bezeichnet wird.“

Weiter zitiert die „Bosjische Zeitung“ eine Sonderkorrespondenz des „Ezzeltor“, einer französischen Zeitung, die u. a. berichtet, daß französische Flugzeuge die Luft durchwirren und Bomben auf die Dörfer des Wadi el Abid warfen.

Das beweist, daß der imperialistische Raubkrieg gegen Marokko von neuem von Frankreich geführt wird.

## Für Reise, Wanderungen

und Wogenende vergessen Sie nicht die herrlich erfrischend kühnende Pfeffermöhre-Jahnpaste Chlorodont. Tube 60 Pf. und 1.00, und die dazu gehörige Chlorodont-Zahnbürste mit gezahntem Borstenbüschel von besserer Qualität, für Erwachsene 1.25, für Kinder 70 Pf. zur Befestigung feulger, abriebender Spellerette in den Zahnmühlgeräten und zum Waschen d. Zähne. Erhältlich in allen Chlorodont-Verkaufsstellen in der bekannten blau-weißen Original-Packung.









Schweidnitz

Kurz-, Weiß- u. d. Wollwaren Handarbeiten, Manufaktur Modewaren und Herren-Artikel

Georg Frauboos Ring 24 und Breslauer Str. 2 11395

Lose der Preuss. Klassenlotterie und sämtlicher Privat-Lotterien

E. Täuber, Staatliche Lotterie-Einnahme

Kauft Schuhe bei Gross Ring 16 11380

Breslauer Konfektionshaus Ring 11384

F. Sewadis empfiehlt sämtl. Molkererprodukte

Molkerer Wilhelmspl. 7, Ring 8 11454

Autobaus Max Seller Automobile, Motor- u. Fahrräder

Seem. Stief, staatl. gepr. Cutler Lieferant sämtlicher Krantentafeln

S. Gallenli Nachf. Spezialhaus für Geschenkartikel, Glas, Porzellan, Spiel- und Lederwaren

Karl Brauner, Langstraße 45 Nähmasch., Fahrräder, Reparaturwerkst. 11448

F. Franzke Nachf. Kolonialw., Vogelfutter, Langstr. 11

Max Dertel, Büttnerstraße 7 Brot-, Weiß- und Feinbäckerei 11450

Hirschberg

Rosa Kluge Dam., Mädch., Kinder-Güte u. -Nägen

Lebensmittel aller Art Erich Gessner Stappitzer Str. 14 11008

Ergebnis Frühstücksstube, Markt 50

Schuhmacherei A. Heyduk Sand 14 89938

Erste Strahberger Mabilohne

Blumenhaus Grün Poststraße 6 11007

Gustav Hornig, Großdestillation

Kreuzbindererei Sämtliche Lebensmittel H. Henkel Sand 19 89987

Albert Ludwig, Markt 60

Herren- und Damen-Salon Heinze Lichte Burgstraße 17 89985

Felix Hartwig Greiffenberger Straße Nr. 32

Möbel-LINKE Schmiedeberg-Str. 22

Buchdruckerei E. Hausdorff

Marin Bandmann Verlosungsgewinnspiele

Erich Seibt, Bahnhofsstraße 65

MIFA Fahrräder Nähmaschinen

Berliner Partiewarenhaus

Waffenhaus H. Heilmann, Schulstraße 6

Max Behrendt, Schildauer Straße 13

Herren- und Junglingskonfektion

Karl Sonntag, Hellerstraße 12a

Leb- und Farben jeder Art

Referiert Nr. 8 89938

Vogel- und Fatter-Handlung Böhme

Grünerer Milchhaken

Strümpfe Königsberger Wasche

G. Scharf, Warmbrunner Platz

Kaufhaus Pinoff

Getrad Uffe / Damenhüte

Bade Dich Gesund im Hedwigsbad

Carl Kiegers Nachf., Am Burgthum

Gasthaus und preiswert repariert

Johann Wolschyn, Warmbrunner Straße

Gustav Pischel

Ernst Wolf, Mühlgrabenstraße 23

Simon Sachs Leder

Central-Druckerei

Seit-Strickerei

Gratz Kreidler / Nähmaschinen

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

Karl Marok, Hochstraße 26

Billigste Bezugsquelle für gute Branntweine

Wollwaren / Herrenartikel

Hamburger Fischhalle

Haase-, Kipke-Biere

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

M. Lönsmann, Grabenstraße 1

Stiefher Nachf., Hochstraße 1

Frisch Feige, Dampfbackerei

Konditorei und Café

Freiburg Rich. Rathmann

Erich Dreisel, Landeshuter Straße 18

H. Wolff, Nikolaistraße 5

„Deutsches Haus“

Bernhard Seidel, Salzbrunner Straße 2

Kaufhaus Paule

August Tenber, Hauptstraße 24

Gasthof „Zum Schwab“

Willy Schone, Hauptstraße 174

M. Nibors, Kocher Nachf.

Hermisdorf u. K. Alfred Kille

H. Ritter, Warmbrunner Straße 52

Nieder-Hermisdorf

Schmiedeberg I.R.

Hermann Sperling, Liebauer Straße 18

Paul Beck, Oberstraße 5

Strehlen

Mag. Rette, Ring 25

Landeshut

Logo M OSIER Die Auswahl ist riesengroß

Adolf Habe, Waldburger Straße 4

H. Rosenfeld, Wilhelmstraße Nr. 4

Gustav Haade, Wilhelmstraße 13

Kaufhaus Gustav Stief Nachf.

Elegfried Barasch, Kirchstraße

Arthurs Postl, H. Fleisch- und Wurstwaren

Paul Tschirner, Markt 19

Uhren, Goldwaren Bruno Hoffmann

Ihre Bezugsquelle soll ständig sein

Kaufhaus Louis Frankenstein

Henry Tschentscher, Königstr. 4

Wilhelm Weinhold

Referiert 99 11155

Verlangt stets

Petersdorf

H. Leischnig, Dorfstraße

„Gerichtstretscham“

H. Rappner, Dorfstraße 252

Frisch Bernick / Installation

H. Bernhart, Dorfstraße 205a

Rothenbach

H. Roehler, Joh. Paul Kennoch

Schuhwarenhaus

Albert Müder, Landeshuter Straße 32

Heinrich Selbrich

Silbermann Nachf. L. Gottwald

Referiert 11079

Paul Weh, Markt 9/10

Eugen Deyler, Kornstraße 6

Erhard Alfred Krebs, Kornstraße 9

A. Rogel, Liebauer Straße 2

Emil Gläzer, Schickhausstraße 5

H. Hoffmann, Mollstraße 13

Carl Thalmann, Wallstraße 38/39

Hermann Schuberth Nachf., Joh. Karl Hoff

G. Wölbers Nachf.

Möbel in reichhaltiger Auswahl

Adolf Fiebig, Ring 29

Porzellan / Glas / Steingut

G. Neugebauer G.m.L.G.

Referiert 100 11163

Fleisch- und Wurstwaren

Referiert 99 11155

Verlangt stets

Petersdorf

H. Leischnig, Dorfstraße

„Gerichtstretscham“

H. Rappner, Dorfstraße 252

Frisch Bernick / Installation

H. Bernhart, Dorfstraße 205a

Rothenbach

H. Roehler, Joh. Paul Kennoch

Schuhwarenhaus

Albert Müder, Landeshuter Straße 32

Heinrich Selbrich

Silbermann Nachf. L. Gottwald

Hausfrauen! Euer Kolonialwaren-Konsum ist Carl Brücke, Ring 41